

# Vorwürfe klären oder zurücktreten

## Sparkassen-Verwaltungsrat: BfGT fordert einen Neuanfang

Gütersloh (WB/rec). Sollten die Vorwürfe gegen den Sparkassen-Verwaltungsrat nicht einwandfrei widerlegt werden können, halten die Bürger für Gütersloh (BfGT) den Rücktritt des Gremiums für die einzig logische Konsequenz. Damit wäre der Weg für einen Neuanfang unter neuer Leitung frei.

In einer Pressemitteilung hält die BfGT-Ratsfraktion dem Sparkassen-Verwaltungsrat eine Mitverantwortung für die Entlassung von 43 Mitarbeitern vor sowie »für den nicht notwendigen, zwischen sechs und sieben Millionen Euro teuren Umbau der Hauptgeschäftsstelle.« Die seitens der Sparkassenkritiker vorgetragenen Vorwürfe und Behauptungen seien bis heute nicht entkräftet worden. Vorwürfe und Gegendarstellungen wechselten sich ab und hinterließen ein undurchsichtiges Bild.

Der Gütersloher Rat sollte die Debatte um das nordrhein-westfälische

Sparkassengesetz zum Anlass nehmen, um auch kommunal neue Wege zu gehen. So würden die kleinen Ratsfraktionen bis heute nicht über Sitzungs-Termine und Tagesordnungen der Sparkassen-Gremien informiert. Da

das derzeitige Sparkassen-Gesetz gegen EU-Recht verstoße, müsse es ohnehin geändert werden. Der Entwurf zum neuen Gesetz eröffne der Stadt neue Möglichkeiten, den von der Sparkasse an sie ausgeschütteten Betrag zu verwenden.



BfGT-Chef Norbert Morkes schließt sich der Rücktrittsforderung der FDP an den Sparkassen-Verwaltungsrat an. Foto: Wolfgang Wotke